

Rieser Tageblatt

und Anzeiger (Erbblatt und Anzeiger).

Verlagsort: Tagesblatt Riesa.
Sternstr. 10.

Das Rieser Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtshauptmannschaft beim Amtsgericht und des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Riesa.

Verlagsort: Riesa 1880
Sternstr. 10.

Nr. 245.

Mittwoch, 20. Oktober 1926, abends.

79. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 1/2 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Boten. Für den Fall des Eintreffens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Roh- und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Eintreffen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 30 mm breite, 8 mm hohe Grundchrift-Zeile (6 Silben) 20 Gold-Pfennige; die 20 mm breite Zeile 100 Gold-Pfennige; je nach Umfang und tabellarischer Satz 50%, Kusslag, feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag ausfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Anspruch gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Wichtige Unterhaltungsbeilagen: Erzähler an der Elbe. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Verleger oder der Verbreitungseinrichtungen — hat der Bezahler keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Retentionsrecht und Verlag: Bangor & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Gortzstraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Stitzel, Riesa.

Die Kundgebung führender Wirtschaftler.

Der Wortlaut des Wirtschaftsmanifests. Für volle Handelsfreiheit. Keine Tarifbarrieren, Speziallizenzen und Verbote.

Das angekündigte Manifest internationaler Wirtschaftsführer, das von den führenden Persönlichkeiten aus 16 Staaten unterzeichnet ist, hat folgenden Wortlaut:
Wir wünschen als Geschäftsmänner die Aufmerksamkeit auf gewisse schwerwiegende und beunruhigende Zustände zu lenken, die unserm Urteil nach, der Rückkehr zum allgemeinen Wohlstand im Wege stehen.
Man kann nicht ohne Bedenken mit ansehen, in welchem Ausmaß Tarifbarrieren, Speziallizenzen und Verbote seit dem Kriege sich in den internationalen Handel einzuschleichen und seinen natürlichen Ablauf zu behindern vermöchten. In seiner Periode während der neueren Geschichte hat es der Handel notwendiger als heute gehabt, von solchen Einengungen frei zu sein, um den Handelsbeziehungen zu ermöglichen, sich den neuen und schwierigen Bedingungen anzupassen. Und zu keiner Zeit haben sich die Beschränkungen des freien Handels so gefährlich vermehrt, ohne daß man die daraus entstehenden ökonomischen Konsequenzen gewahr geworden wäre.

Der Zusammenbruch von großen politischen Gebietseinheiten in Europa war ein schwerer Schlag für den internationalen Handel. Innerhalb weicher Gebiete, deren Einwohner bis dahin ihre Produkte im freien Handel ausgetauscht hatten, wurden eine Anzahl neuer Grenzen errichtet, die durch Zollschranken eifersüchtig gesperrt werden. Die Märkte verschwanden. Handelsgegenstände konnten nicht mehr ausgetauscht werden. Die Interessen untreubar miteinander verbunden waren. Eine nicht unähnliche Situation würde entstehen, wenn ein Staatenbund die Bande zerreißen wollte, die sie miteinander verknüpfen und anfangen würde, den gegenseitigen Handel zu hemmen und mit Strafen zu belegen, anstatt ihn zu fördern. Es kann kaum bezweifelt werden, daß unter diesen Umständen der Wohlstand eines solchen Landes sich rapide vermindern würde.

Um diese neuen Grenzen in Europa zu kennzeichnen und zu verteidigen, wurden Lizenzen, Tarife und Verbote eingeführt, deren Resultate sich für alle Beteiligten bereits als höchst nachteilig erwiesen. Der eine Staat verlor seine billige Nahrungsvorrichtung, der andere seine Beförderung mit billigen Waren, Industrien litten unter Kohlenmangel, Fabriken durch das Fehlen von Rohmaterialien. Unter dem Joch dieser Maßnahmen wurden, ohne wirkliche ökonomische Grundlagen zu haben, neue Volkswirtschaften begründet, die infolge der Konkurrenz nur dadurch am Leben erhalten werden konnten, daß die Zollmauern noch höher wuchsen. Eisenbahntarife, die von politischen Überlegungen beeinflusst, lasten auf den Transporten und Frachttarifen, die Produktion als Ganzes genommen ist zurückgegangen, die Kredite haben sich verringert und der Geldumlauf hat abgenommen. In vielen Staaten haben in Verfolgung verfehlter Ideen von nationalem Interesse ihren eigenen Wohlstand in Gefahr gebracht und die gemeinsamen Interessen der Welt außer acht gelassen, indem sie ihre kommerziellen Beziehungen auf die ökonomisch unsinnigste Basis stellten, allen Handel als eine Form von Krieg zu betrachten.

Daher kann keine Erholung in Europa eintreten, bis die Politik in allen Ländern, den alten und den neuen, sich darüber klar geworden hat, daß Handel kein Krieg ist, sondern ein Austauschprozess, und daß in Zeiten des Friedens unsere Nachbarn unsere Kunden sind, und daß ihr Wohlstand eine Voraussetzung für unser eigenes Wohlergehen ist. Wenn wir ihren Handel behindern, vermindern wir damit auch die Wohlgefühle, ihre Schulden abzubauen und unsere Produkte zu kaufen. Einseitig restriktiver Import bringt auch Beschränkung des Exportes mit sich, und keine Nation kann es sich leisten, ihren Exporthandel zu verlieren. Da wir alle von der Einfuhr und Ausfuhr von Waren abhängig sind, sowie von dem Prozess des internationalen Güteraustausches, können wir nicht ohne schwerwiegende Bedenken eine Politik mitansehen, die die Verarmung Europas bedeutet.

Glücklicherweise sind Anzeichen vorhanden, daß endlich die öffentliche Meinung in allen Ländern zur Erkenntnis dieser drohenden Gefahren gekommen ist. Der Völkerverbund und die Internationale Handelskammer sind am Werke, alle Formalitäten, Verbote und Einschränkungen auf ein Minimum zu reduzieren, um die Unausgeglichenheit in diesen Zuständen, außer in den Zolltarifen zu beseitigen und Passagier- und Güterverkehr zu erleichtern. Einflußreiche Persönlichkeiten in einigen Ländern setzen sich für völlige Aufhebung der Zolltarife ein. Von anderen Seiten ist der Wunsch von langfristigen Handelsverträgen vorgeschlagen worden, die in jedem Falle eine Restriktionenlosigkeit enthalten soll. Einige Staaten haben in kürzlicher abgelaufener Verträge die Notwendigkeit anerkannt, den Handel von allen niederbindenden Beschränkungen zu befreien. Und Erfahrung lehrt allmählich auch andere, daß das Wiedererleben der ökonomischen Hindernisse zwischen den einzelnen Nationen sich als schweres Hindernis gegen das Erzielen des Wohlstands erweist, das überall zu lösen ist. Bei den zugleich wertvollen politischen Resultaten, die sich aus einer solchen

Politik ergeben würden, und die bösen Willen durch guten Erfolg umwandeln, wollen wir uns nicht aufhalten. Aber wir wünschen unserer festen Überzeugung Ausdruck zu geben, daß die Wiedererrichtung der Handelsfreiheit die beste Möglichkeit ist, die Welt und Kredit in der Welt wiederherzustellen.

von Berlin. Das oben veröffentlichte Wirtschaftsmanifest ist aus Verhandlungen entstanden, die vor einem halben Jahre in London in Anwesenheit des Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht stattgefunden haben. Die an den damaligen Besprechungen beteiligten Teilnehmer hatten ihre Zustimmung zu einer solchen Veröffentlichung gegeben. Das Manifest ist eine Kundgebung der Wirtschaftsführer von sechzehn Staaten, also eine private Angelegenheit. Durch diesen Charakter verleiht die Kundgebung über die Weltwirtschaftsfrage aber keineswegs an Bedeutung und Wert. Neben dieser Aktion läuft, wie aus unten unterzeichnetem Mitteil wird, eine Aktion der Intern. Handelskammer, die sich mit demselben Thema befaßt. Die nationalen Vertreter der Internationalen Handelskammer sollen in der gegenwärtigen Tagung der Kammer in Paris darüber Bericht erstatten. Es ist anzunehmen, daß hierauf auch der Zentralrat der Internationalen Handelskammer eine ähnliche Kundgebung an die Öffentlichkeit bringen wird. Beide Aktionen sind also nicht miteinander zu verwechseln, obgleich sie sich mit derselben Frage befassen.

Dr. Schacht über das Wirtschaftsmanifest.

München. Reichsbankpräsident Dr. Schacht, der zu den Mitunterzeichnern des internationalen Wirtschaftsmanifestes gehört, gab einem Vertreter der Telegraphen-Union zu dem Manifest die folgende Erklärung:
Das Wirtschaftsmanifest, das von führenden Wirtschaftlern aus 16 verschiedenen Ländern unterzeichnet ist, kann in seiner Bedeutung umso mehr anerkannt werden. Die wirtschaftlichen Persönlichkeiten, die ihren Namen unter dieses Manifest gesetzt haben, haben es zweifellos nach reiflicher Überlegung getan. Ein Beweis dafür ist, daß die Sammlung der Unterschriften und die Bearbeitung des definitiven Textes etwa ein halbes Jahr in Anspruch genommen hat. Daß auch amerikanische Namen sich bereit gefunden haben, diesem Manifest beizutreten, kann selbstverständlich nicht als eine amerikanische willkürliche Beeinflussung europäischer Verhältnisse gedeutet werden, sondern ist nach der Richtung zu werten, daß von Vertretern eines Volkes, das über einen freien und unbedingten Markt von 110 bis 120 Millionen Menschen verfügt, zum Ausdruck gebracht wird, welche unerhörten Antriebskräfte von einem so großen einheitlichen Wirtschaftsgebiet für die Wohlfahrt aller darin arbeitenden Individuen ausgehen. Selbstverständlich drücken die Unterzeichner dieses Manifestes, welchem Lande immer sie auch angehören mögen, nur ihre persönliche Überzeugung aus. Daß die Regierung dieses oder jenes Landes sich mit den Unterzeichnern nicht zu identifizieren wünscht, ist eine Selbstverständlichkeit. Aber deswegen verliert dieses Manifest nichts von seinem Wert. Wir haben alle noch in zu lebendiger Erinnerung das Beispiel des Dawesberichtes. Als die Devisen der Regierungen am Ende war, hatten wir es nur einer kleinen Gruppe von führenden internationalen Wirtschaftlern zu danken, daß ein wirtschaftlicher Ausweg aus dem politischen Schwereis gefunden wurde.

Wenn heute Namen, wie diejenigen, die unter dem Manifest stehen, aus 16 Ländern Namen, die anerkannten Führer der Wirtschaft gehören, für die wirtschaftliche Freiheit eintreten, so kann dieses gewiß in der politischen Hinsicht nicht seinen Einfluß verlieren. Wenn das Manifest auf der einen Seite die wirtschaftlichen Fehler hervorhebt, die Krieg und Frieden gebracht haben, so verleiht sich das Manifest doch nicht in historischen Betrachtungen über Schuld und Sühne, sondern weist unbefürchtet um alles, was geschehen ist, unbefürchtet um politische Konsequenzen, die noch in einzelnen Köpfen festliegen, den Weg in die Zukunft, den Weg ins Freie. Das Manifest ist nicht eine Auslassung der Regierenden, die durch alle möglichen Hufeisen in ihrer Freiheit behindert sind. Es ist ein Aufruf des gesunden Menschenverstandes aller Völker, die den Weg zur wirtschaftlichen und damit zur geistigen Zusammenarbeit freimachen wollen.

Kritikungen der Berliner Presse.

Die Kreuzzeitung bemerkt zu dem internationalen Wirtschaftsmanifest, daß es offene Türen einräumt. Daß die Friedensschlüsse von Versailles usw. die gesamte Weltwirtschaft in Unordnung gebracht haben, sei nicht neu. Aber selbst wenn die Schranken von Versailles beseitigt würden, so bliebe noch immer das für den Weltmarkt so wichtige Problem des russischen Marktes ungelöst. — Die Berliner Börsenzeitung schreibt: Das Dokument der Wirtschaftsführer sagt es nicht, aber alle, die es lesen, wissen es, daß der Vertrag von Versailles und die aus ihm geborene Mentalität die entscheidende Ursache für den desolaten Zustand ist, in den die Wirtschaft Europas nach dem Kriegsende verfiel. In dem Aufruf der Wirtschaftsführer am Tage des Zusammentritts der Internationalen Handelskammer, in dem Augenblick, da die Weltwirtschaftskonfe-

renz feste Gestalt anzunehmen beginnt, wird dieses Unausgesprochene des Dokumentes zu einem weitbedeutenden Ereignis. — Die Deutsche Allgemeine Zeitung hebt die Tatsache hervor, daß die wirtschaftlichen Forderungen gegenüber der politischen Verflechtung Europas bisher noch niemals so stark und durchschlagend zum Ausdruck gebracht worden seien. Geschehen habe dies nur können, weil vorher gewisse politische Spannungen eingetreten waren. — Die Tägliche Rundschau begrüßt die Kundgebung als den ersten Schritt, der aus der Wüste des seit dem Vertrag von Versailles herrschenden wirtschaftlichen Unsinns in die Oase der wirtschaftlichen Vernunft zurückführt. — Ähnlich die Germania, die erklärt: Unsere Wirtschaft und die von ganz Europa kann nur dann auf die alte Höhe kommen und weiter fortschreiten, wenn die unheimlichen nationalen Abschließungsstendungen einem gesunden internationalen Austauschwillen weichen. — Der Vorwärts sagt: Für die internationale Wirtschaftsverständigung, die von der Sozialdemokratie seit jeher gefordert wurde, ist ein großes Stück Bahn freigemacht worden.

Amerikanische Reaktionen zum Wirtschaftsmanifest.

New York. (Reuter.) Hier wird dem Wirtschaftsmanifest keine besondere Bedeutung beigemessen. Ein führender Bankier bezeichnet das Manifest als ein harmloses und von frommen Wünschen erfülltes Plaidoyer. John Mitchell, der mit zu den Unterzeichnern des Manifestes gehört, erklärte, die wirtschaftlichen, dem Handel in Europa zur Zeit auferlegten Beschränkungen seien der gesamten europäischen wirtschaftlichen Wohlfahrt äußerst schädlich und hätten schon vor langer Zeit beseitigt werden müssen. Wie behauptet wird, ist der Gedanke des Wirtschaftsmanifestes im vergangenen Frühjahr in britischen Bankerkreisen entstanden und man habe amerikanische Geschäftsleute um ihre Unterschrift erzuht, mehr in der Absicht, dem Plaidoyer moralische Stütze zu geben, als um die beteiligten Amerikaner auf ein scharf umrissenes Programm festzulegen.

Coolidge zum Wirtschaftsmanifest.

New York. Ueber die Stellungnahme des Präsidenten Coolidge zu dem europäischen Wirtschaftsmanifest berichtet die Associated Press aus Washington: Coolidge ist der Ansicht, daß zwischen den Methoden und Zielen der Zollsysteme der europäischen Staaten und dem Zollsystem der Vereinigten Staaten ein beträchtlicher Unterschied besteht. Der Präsident zweifelt, ob durch Beseitigung der Zollsysteme viel zur Beseitigung des europäischen Handels geschehen kann, ohne daß die Stellung Amerikas und seine Lebenshaltung beeinträchtigt werden. Coolidge ist der Meinung, daß das Manifest im wesentlichen die europäischen Staaten anheben insofern, als in ihnen die Lebensbedingungen keine weitgehenden Verbesserungen aufweisen und daher die Zollmauern nicht in derselben Weise wie in den Vereinigten Staaten wirken.

Die italienische Presse und das Wirtschaftsmanifest.

Rom. Tribuna und Giornale d'Italia sind die einzigen italienischen Blätter, die bisher den Text des internationalen Wirtschaftsmanifestes im Sinne der von den sieben italienischen Delegierten in London vorgebrachten Einschränkungen veröffentlichten. Die Blätter teilen sich, daß, wenn diese sieben Delegierten an der Redaktion des Aufrufs hätten mitarbeiten können, sie in einigen Punkten eine genauere Fassung gewünscht hätten. Nach ihrer Auffassung hätten die vorgebrachten Kritiken sich nicht nur auf Zoll- und Tarifreformen, sondern auch auf die anderen Formen des Protektionismus erstrecken müssen. Der Aufruf stehe in innerem Zusammenhang mit der heutigen Trust- und Kartellbewegung und verleihe, ihren Zusammenhang und Tragweite sowie ihre Endziele zu verdeutlichen. Die Blätter bezeichnen als die wichtigsten Probleme für Italien die gerechte Verteilung der Rohstoffe, die Aufhebung aller Einwanderungseinschränkungen und die Abschaffung aller Arten kontinentaler Subventionen und fügen hinzu, daß ohne eine befriedigende Lösung dieser Fragen von der Herstellung eines wirtschaftlichen Friedens nicht die Rede sein könne. Die Blätter verlangen die Aufhebung jedes verschleierte Protektionismus. Giornale d'Italia fragt, wie sich Italien gegen die Uebermacht der reichen Nationen schützen wolle.

Dr. Schacht in München.

München, 19. Oktober. Reichsbankpräsident Dr. Schacht ist in München einetroffen, um dem bayerischen Finanzminister einen seit langem geplanten Besuch abzuhalten. Bei dieser Gelegenheit sind auch der sächsische, der württembergische und der badische Finanzminister in München anwesend. Diese Herren hatten eine zwangsläufige Aussprache über die diese Länder betreffenden Bank- und Kreditfragen.